

Voting queer?

Wahlverhalten und Parteipräferenz von LGBTQ* Bürger*innen in Deutschland

Michael Hunklinger

Zusammenfassung

Der vorliegende Beitrag gibt eine Übersicht über Entwicklung und aktuellen Stand der Wahlforschung zu LGBTQ*-Bürger*innen und fokussiert dann auf das Fallbeispiel Deutschland. Die Ergebnisse der ersten LGBTQ* Wahlstudie Deutschland zeigen, dass die LGBTQ* Community in Deutschland kein Monolith ist, sondern eine Gruppe von Menschen mit vielen Gemeinsamkeiten, aber auch Widersprüchen. Forschung zu LGBTQ*-Bürger*innen kann traditionelle Ansätze in Politik- und Sozialwissenschaften aufbrechen und drängen den Problemen unserer Gesellschaften eine neue Perspektive hinzuzufügen.

Schlüsselbegriffe

LGBTQ*, politische Partizipation, politische Einstellungen, Wahlen, Staatsbürgerschaft

1 Einleitung

In Bezug auf LGBTQ*-Bürger*innen, bzw. ihre rechtliche und reale Lebenssituation, lassen sich in den letzten Jahren zwei parallele Entwicklungen beobachten: eine Erweiterung von Antidiskriminierungsmaßnahmen und Bürgerrechten einerseits sowie andererseits eine wachsende Ablehnung gegenüber sexueller und geschlechtlicher Vielfalt. Dieses Spannungsfeld resultiert in einer zunehmenden Polarisierung innerhalb der Gesellschaft. LGBTQ* Personen bzw. die Rechte von LGBTQ*-Personen (ebenso wie auch Akzeptanz und Sichtbarkeit) werden mehr und mehr eine der entscheidenden Konfliktlinien, anhand der sich westliche Gesellschaften spalten (Hunklinger/Ajanovic 2021). Die Themen politi-

Dieser Beitrag wurde am 08.05.2024 im Living Handbook „Handbuch Politik und Geschlecht“ auf budrich.publisso.de veröffentlicht. Der Beitrag steht unter der [Creative Commons Lizenz Attribution 4.0 International](https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/) (CC BY 4.0). Die vorliegende Fassung wurde am 06.01.2025 aktualisiert und enthält Korrekturen der Quellenangaben sowie ein zusätzliches Acknowledgement.



Zitationsempfehlung: Hunklinger, Michael (2024): Voting queer? Wahlverhalten und Parteipräferenz von LGBTQ* Bürger*innen in Deutschland. In: Klapeer, Christine M./Leinius, Johanna/Martinsen, Franziska/Mauer, Heike/Nüthen, Inga (Hrsg.): Handbuch Politik und Geschlecht. Politik und Geschlecht, Band 34. Version 1. Opladen/Berlin/Toronto: Verlag Barbara Budrich. <https://doi.org/10.3224/pg.2024.vqmh.1-0>

Das Handbuch wird in regelmäßigen Abständen im Verlag Barbara Budrich als Printauflage herausgegeben. Seitenzahlen und DOI in Print- und Online-Ausgabe weichen voneinander ab.

sche Teilhabe, Sichtbarkeit und Repräsentation von LGBTQ*-Bürger*innen sind ein Feld, an dem sich aktuell in unseren Gesellschaften ausgetragene Konflikte bzgl. Liberalismus und Regression besonders deutlich zeigen, wie unter einem Brennglas. Rechtlich, politisch und gesellschaftlich sind wir von einer echten Gleichstellung noch weit entfernt und die Errungenschaften für einige LGBTQ* Bürger*innen sollten nicht darüber hinwegtäuschen, dass diese eben nicht für alle LGBTQ* Personen gelten. So spielen Diskriminierung und Ausgrenzung nach wie vor eine Rolle in den Leben vieler Menschen, auch wenn sie rechtlich gleichgestellt sind. Vor dem Hintergrund dieses Antagonismus stellt sich dieser Beitrag die Frage, welche politischen Einstellungen und Parteipräferenzen von LGBTQ*-Bürger*innen im Kontext von Wahlen in Deutschland artikuliert werden.

Bisher werden in Deutschland keine offiziellen Zensus-Daten zu sexueller Orientierung oder Geschlechtsidentität erhoben und ebenso spielen diese Kategorien in der Parteien- und Wahlforschung meist keine Rolle.¹ Wir wissen oft nicht, ob und wie sich LGBTQ*-Personen beteiligen, welche politischen Einstellungen sie haben und welche Parteien sie unterstützen. Zudem gibt es in Bezug auf die politik- und sozialwissenschaftliche Auseinandersetzung mit LGBTQ*-Bürger*innen einen (theoretischen) Graben zwischen der klassischen Politikwissenschaft – insbesondere der Wahl- und Partizipationsforschung – einerseits und den Queer Studies andererseits. In der Partizipations- und vor allem auch in der Wahlforschung spielen Kategorien wie Alter, Einkommen, Geschlecht, etc. eine zentrale Rolle, wohingegen die Queer Studies sich zum Ziel gesetzt haben, diese Kategorien aufzubrechen und zu überwinden.

Der vorliegende Beitrag gibt eine kurze Übersicht über Entwicklung und aktuellen Stand der Wahlforschung zu LGBTQ*-Bürger*innen und fokussiert dann auf das Fallbeispiel Deutschland.

2 Politische Partizipation von LGBTQ*-Bürger*innen

Politische Partizipation ist zweifellos ein, wenn nicht das zentrale Element jeder Demokratie (Ekman/Amna 2012). Dabei spielt die Konstruktion von Bürger*innen als diejenigen, die in der Lage sind, öffentlich an Entscheidungen teilzunehmen und Ansprüche geltend zu machen, eine wesentliche Rolle (Hines/Santos 2018: 37). Rechtliche Gleichheit ist dabei die zentrale Voraussetzung jeder Art von politischer Beteiligung. Dies gilt insbesondere für marginalisierte Gruppen (Hunklinger/Ferch 2020). Wenn wir über Teilhabe von marginalisierten Gruppen nachdenken, wird jedoch sehr schnell klar, dass es neben der rechtlichen Dimension auch eine soziale Dimension von Staatsbürgerschaft zu bedenken gibt. Nur weil jemand formal alle Rechte hat, heißt das noch lange nicht, dass es der Person auch möglich ist diese zu nutzen. Hier spielen vor allem auch anhaltende Diskriminierung und Ausgren-

¹ Mit einem Zensus wird ermittelt, wie viele Menschen in Deutschland leben, wie sie wohnen und arbeiten.

Voting queer?

zung eine Rolle. Ein breites Spektrum an Instrumenten der politischen Partizipation ist für LGBTQ*-Personen möglicherweise nicht so leicht zugänglich wie für andere. So ist etwa für jemanden der Diskriminierung im Alltag erlebt hat, die Hürde, sich in einer politischen Partei zu engagieren sehr viel höher als für jemanden, der diese Diskriminierungserfahrungen nicht gemacht hat. Vor diesem Hintergrund spielen Wahlen nach wie vor eine wichtige Rolle, da sie bis heute die allgemeinste, einfachste und egalitärste Form politischer Partizipation darstellen (Ekman u.a. 2016; Hunklinger 2021). In Bezug auf LGBTQ*-Bürger*innen ist dabei auch eine inklusive und breite Konzeption von Staatsbürgerschaft zentral. Diese Konzeptionen sind häufig mit einer Politik der Sichtbarkeit und Anerkennung verknüpft, die versucht, soziale Gerechtigkeit auf Grundlage der Herstellung der zuvor verweigerten Anerkennung neu zu gestalten (Hines/Santos 2018: 38).

Die politikwissenschaftliche Literatur, die sich mit Fragen von politischer Partizipation und Repräsentation von LGBTQ*-Bürger*innen beschäftigt, ist in den letzten Jahren gewachsen (Ayoub/Paternotte 2014; Ayoub 2016; de Neve et al. 2018; de Neve/Ferch 2018; Reynolds 2013; 2019; Hines/Santos 2018; Kuhar/Monro/Takács 2018; Halberstam 2018; Magni/Reynolds 2018; Monro/Van Der Ros 2018; Paternotte 2018; Ayoub/Chetaille 2020; Hunklinger/Ferch 2020; Proctor 2021; Hunklinger 2021; Turnbull-Dugarte 2020; 2021; Ayoub 2022). In seinem Übersichtsartikel zeigte Paternotte (2018), dass sich die politikwissenschaftliche Forschung dabei in den letzten Jahren auch stark diversifiziert hat. Studien, die sich explizit mit dem Wahlverhalten von LGBTQ*-Bürger*innen befassen, sind immer noch selten und konzentrieren sich hauptsächlich auf den Kontext der Vereinigten Staaten und Kanada (Hunklinger 2021). Dabei zeigte Herzog (1996) bereits in den 1990er Jahren, dass schwule, lesbische und bisexuelle Männer und Frauen nicht nur überdurchschnittliches Interesse an Politik haben, sondern auch einen hochaktiven Wähler*innenblock bilden. Bei diesen ersten Studien wurde bereits deutlich, dass sexuelle Orientierung ein Faktor ist, der das Wahlverhalten von Bürger*innen prägt (Baily 2000). Studien im US-Kontext zeigen ebenfalls, dass LGBTQ*-Wähler*innen vor allem linke und progressive Parteien wie die Demokraten in den Vereinigten Staaten unterstützen (Schaffner/Senic 2006: 130; Swank 2018: 34). Auch im Kontext von Westeuropa zeigte Turnbull-Dugarte (2020; 2021), dass LGBTQ*-Wähler*innen, ähnlich wie im Kontext der Vereinigten Staaten, eher sozialdemokratische, progressive und linke Parteien wählen.

Empirische Forschung zu Wahlverhalten und politischen Präferenzen, welche Aussagen über die Gesamtbevölkerung machen will, beruht in der Regel auf repräsentativen Umfragen. Eine der wesentlichen Voraussetzungen für die Durchführung einer repräsentativen Befragung ist jedoch die Kenntnis der Grundgesamtheit (Döring/Bortz 2016). Vor dem Hintergrund der Diskriminierung und (strafrechtlichen) Verfolgung von LGBTQ*-Personen in Deutschland in Vergangenheit (Gammerl 2010) und Gegenwart (Heitmeyer 2012; Decker/Kiess/Brähler 2016) gibt es allerdings keine Informationen über die Anzahl von nicht-heterosexuellen und nicht-cis/endgeschlechtlichen Bürger*innen. Zudem beinhalten Exit Polls oder andere Studien rund um Wahlen in Deutschland bisher keine Fragen zur sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität. Das methodische Problem eines Mangels an Daten

über LGBTQ⁺-Personen innerhalb der allgemeinen Bevölkerung ist auch ein Thema, das in den Sozialwissenschaften derzeit immer mehr diskutiert wird (Guyen 2022).

Der folgende Teil gibt einen kurzen Einblick in Ergebnisse der ersten Studie, die sich explizit mit dem Wahlverhalten und den politischen Einstellungen von LGBTQ⁺-Bürger*innen in Deutschland befasst.

3 LGBTQ⁺-Wähler*innen in Deutschland – eine Spurensuche

Die *LGBTQ⁺ Wahlstudie Deutschland 2017* (LGBTQ⁺-Wahlstudie 2017) war die erste Studie, die sich politischen Einstellungen und Wahlverhalten von LGBTQ⁺-Bürger*innen beschäftigte, und umfasst Personen im Alter von 18 bis 97 Jahren mit unterschiedlichem sozioökonomischem und Bildungshintergrund aus ganz Deutschland. Die Umfrage ist nicht repräsentativ, gibt aber einen guten Einblick in politischen Einstellungen und Wahlverhalten von Bürger*innen, die sich selbst als LGBTQ⁺ identifizieren.

Die Ergebnisse der ersten *LGBTQ⁺ Wahlstudie Deutschland* zeigen, dass die LGBTQ⁺ Community in Deutschland kein Monolith ist, sondern eine Gruppe von Menschen mit vielen Gemeinsamkeiten, aber auch Widersprüchen. Es gibt schwule, lesbische und trans* Personen, die sich als Teil einer Gemeinschaft, *der* oder *einer* „LGBTQ⁺-Community“ verstehen. Homo- und Transphobie sind für sie wichtige Themen. Einige schwule und lesbische Bürger*innen identifizieren sich jedoch nicht als Teil *der* oder *einer* LGBTQ⁺-Community. Ein Teil dieser Bürger*innen ist dabei bereit, die eigene rechtliche Situation beiseitezulegen, weil andere Themen wie beispielsweise die selbstwahrgenommene Bedrohung durch Migrant*innen für wichtiger gehalten werden. Dieses Phänomen beschreiben Hunklinger und Ajajovic (2021) als *Electoral Homonationalism*. Unter *Electoral Homonationalism* verstehen sie das Phänomen, dass politische Parteien, Akteure oder auch Bürger*innen LGBTQ⁺-Rechte instrumentalisieren um gegen andere Minderheiten z.B. Muslime zu hetzen.

Die Ergebnisse der Studie zeigen des Weiteren, dass LGBTQ⁺-Bürger*innen in Deutschland, wie auch in den USA oder anderen westeuropäischen Ländern, überwiegend progressive oder linke Parteien wählen. Während lesbische Frauen *Bündnis 90/Die Grünen* und *Die Linke* bevorzugen, unterstützen schwule Männer eher *SPD* und *FDP*. Ein geringerer Teil wählt die konservative Union aus *CDU/CSU* und die rechtspopulistische *AfD*. Es gab keine Unterstützung für rechte Parteien innerhalb der trans* Wähler*innenschaft in der Umfrage und im Vergleich zu schwulen und lesbischen Wähler*innen sind trans* Wähler*innen sowohl hinsichtlich ihrer Parteipräferenzen als auch ihrer politischen Einstellungen eher linksgerichtet. Eine Erklärung dafür könnten die inklusiveren Parteiprogramme der Grünen und der Linken sein und die Tatsache, dass eine große Mehrheit der Teilnehmer*innen angab, dass ihnen das Programm einer Partei sehr wichtig sei. Darüber hinaus war Umweltpolitik

Voting queer?

für die befragten Frauen wichtiger als für die Männer. Gerade für *Bündnis 90/Die Grünen* und *Die Linke* zeigen die Ergebnisse, dass sie in den Gegenden, in denen sie traditionell eher schwach ausgeprägte Unterstützung haben, in der LGBTQ⁺-Community eine solide Basis an Wähler*innen haben.

Diese Parteipräferenzen entsprechen auch den politischen Einstellungen der Teilnehmer*innen der Studie, in der sich eine mehrheitliche Unterstützung für linke und progressive Themen zeigen. Dies gilt sowohl für politische Einstellungen zu mehr Gleichberechtigung für LGBTQ⁺-Bürger*innen als auch für andere Themen, die von sozialer Gleichstellung bis hin zu Umwelt und Migration reichen.

Die Diversität innerhalb der Gruppe der LGBTQ⁺-Bürger*innen basiert auf unterschiedlichen Identitätsaspekten. Nicht für all Personen sind sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität zentral in ihrer Selbstwahrnehmung. Die unterschiedliche Salienz kann sich in verschiedenen politischen Präferenzen niederschlagen. Einige Personen werden möglicherweise in Bezug auf einen Aspekt ihrer Identität (z.B. sexuelle Orientierung) an den Rand der Gesellschaft gedrängt, finden sich jedoch in Bezug auf andere Aspekte in einer privilegierten Gruppe wieder (z.B. weiße Männer). Daher können diejenigen, die mehrere marginalisierte Identitäten einnehmen, zwischen den manchmal widersprüchlichen Agenden mehrerer gesellschaftlicher Gruppen, denen sie angehören, gefangen sein oder von diesen Bewegungen völlig übersehen werden. Diese Diversität wird allerdings häufig gegeneinander ausgespielt und dafür benutzt, um sich gegenüber anderen Gruppen abzugrenzen. Dabei sollte diese Diversität viel mehr als das gesehen werden, was sie ist: eine Stärke und ein Katalysator für einen gemeinsamen politischen Kampf für mehr Gleichberechtigung, Emanzipation und Solidarität. In diesem Kontext ist weitere Forschung notwendig, die vor allem auch eine intersektionale Analyse miteinschließt, um Überschneidungen und des Zusammenwirkens von verschiedenen Diskriminierungsformen zu erfassen.

Die Ergebnisse der Studie verdeutlichen zudem die Problematik des Minderheitenbegriffs selbst, der durch umfrage-/kategorienbasierte sozialwissenschaftliche Forschung, in der gewisse Identifikationskategorien von außen konstruiert werden, noch verstärkt wird. Der Minderheitenstatus wird eher zugeschrieben, als dass sich Personen diesen selbst aussuchen. Dabei sollten die Ergebnisse nicht nur in einem breiteren Rahmen von Intersektionalität betrachtet werden, sondern auch im Spannungsfeld von politischen und gesellschaftlichen Kräften, die Ungleichheiten von Bürger*innen manifestieren und instrumentalisieren, diskutiert werden.

4 Fazit – Vielfalt als Auftrag

Die Forschung zu politischen Einstellungen und Wahlverhalten von LGBTQ⁺-Bürger*innen in Deutschland offenbart mehrere interessante gesellschaftliche und theoretische Implikationen. Forschung zu LGBTQ⁺-Bürger*innen kann traditionelle Ansätze in Politik- und Sozi-

alwissenschaften aufbrechen und drängenden Problemen unserer Gesellschaften eine neue Perspektive hinzufügen. Aus politikwissenschaftlicher Sicht zeigen die Ergebnisse, dass die empirische Umfrageforschung eine Erweiterung der soziodemografischen Kategorisierung im Bereich sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität erfordert. Das Nachdenken darüber fordert uns heraus, traditionelle Kategorien wie z.B. Geschlecht der Wahl- und Partizipationsforschung und allgemein der Politik- und Sozialwissenschaften zu hinterfragen. Dies stellt zudem nicht nur gängige Vorstellungen von Staatsbürgerschaft in Frage, sondern ermöglicht uns auch, Staatsbürgerschaft auf breitere und umfassendere Weise zu denken, was besonders im Zusammenhang mit der politischen Partizipation marginalisierter Personen wesentlich ist. (Geschlechts-)Identität und Sexualität sind zentrale Merkmale des kollektiven Lebens und sollten auch in diesem Kontext verstärkt berücksichtigt werden. Politische Partizipation im Zusammenhang mit sexueller und sind entscheidend für das Verständnis unserer heutigen Demokratie. Es ist wichtig zu bedenken, dass sowohl Diskriminierung als auch Ausgrenzung innerhalb der Gesellschaft, sowie innerhalb der LGBTQ*-Community bestimmte Auswirkungen auf LGBTQ*-Bürger*innen, ihre politischen Einstellungen und ihr Wahlverhalten haben. Ungleichheiten bei der politischen Partizipation untergraben die Qualität von Partizipation, Repräsentation und Legitimität im demokratischen Prozess. Die Vielfalt unter den LGBTQ*-Bürger*innen hat dabei auch Auswirkungen auf politische Parteien und politische Entscheidungsträger*innen, die sich darüber im Klaren sein müssen, dass für viele Menschen dieser Gruppe rechtliche und soziale Aspekte der Staatsbürgerschaft miteinander verflochten sind und sich gegenseitig konstituieren. Die Errungenschaften für einige LGBTQ*-Bürger*innen sollten nicht darüber hinwegtäuschen, dass diese nicht für alle LGBTQ*-Personen gelten. Rechtlich sind LGBTQ*-Bürger*innen zwar meist gleichgestellt, politisch und gesellschaftlich liegt vor Deutschland noch ein langer Weg hin zu echter Akzeptanz und Teilhabe.

Acknowledgement

An der LGBTQ* Wahlstudie 2017 waren Dorothee de Nève, Niklas Ferch, Michael Hunklinger und Tina Olteanu beteiligt.

Literaturverzeichnis

Ayoub, Phillip M. (2016): *When states come out*. Cambridge: Cambridge University Press.

Ayoub, Phillip M (2019): Intersectional and transnational coalitions during times of crisis: the European LGBTI movement. In: *Social Politics: International Studies in Gender, State & Society* 26, S. 1–29. <https://doi.org/10.1093/sp/jxy007>.

Ayoub, Phillip M. (2022): Not that niche: making room for the study of LGBTIQ people in political science. In: *European Journal of Politics and Gender* XX, S. 1–19.

Voting queer?

- Ayoub, Phillip M./Chetaille, Agnès (2020): Movement/countermovement interaction and instrumental framing in a multi-level world: rooting Polish lesbian and gay activism. In: *Social Movement Studies* 19, S. 21–37. <https://doi.org/10.1080/14742837.2017.1338941>.
- Ayoub, Phillip M./Paternotte, David (2014): Introduction. In: Ayoub, Phillip M./Paternotte, David (Hrsg.): *LGBT activism and the making of Europe: a rainbow Europe? Gender and politics series*. Basingstoke: Palgrave Macmillan, S. 1–25.
- Bailey, Robert C. (2000): *Out and voting II: the gay, lesbian, and bisexual vote in congressional elections, 1990–1998*. New York: The Policy Institute of the National Gay and Lesbian Task Force.
- Bevelander, Pieter/Pendakur, Ravi (2009): Social capital and voting participation of immigrants and minorities in Canada. In: *Ethnic and Racial Studies* 32, S. 1406–1430. <https://doi.org/10.1080/01419870802298447>.
- Bosia, Michael J./Weiss, Meredith L. (Hrsg.) (2013): *Global homophobia: states, movements, and the politics of oppression*. Urbana: University of Illinois Press.
- Cameiro, Nuno S./Menezes, Isabel (2007): From an oppressed citizenship to affirmative identities: lesbian and gay political participation in Portugal. In: *Journal of Homosexuality* 53, S. 65–82. https://doi.org/10.1300/J082v53n03_05.
- Claypool, Heather M./Bernstein, Michael J. (2014): Social exclusion and stereotyping: why and when exclusion fosters individuation of others. In: *Journal of Personality and Social Psychology* 106, S. 571–589. <https://doi.org/10.1037/a0035621>.
- Cole, Elizabeth R. (2008): Coalitions as a model for intersectionality: from practice to theory. In: *Sex Roles* 59, S. 443–453. <https://doi.org/10.1007/s11199-008-9419-1>.
- De Nève, Dorothee/Ferch, Niklas (2018): LGBTIQ-Wähler*innen in Berlin und Wien. Politische Präferenzen, Parteienwettbewerb und elektorale Resonanz. In: *GENDER – Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft* 10, S. 118–135. <https://doi.org/10.3224/gender.v10i3.09>.
- De Nève, Dorothee/Ferch, Niklas/Hunklinger, Michael/Olteanu, Tina (2018): LGBTIQ*-Wahlstudie 2017 zur Bundestagswahl in Deutschland und zur Nationalratswahl in Österreich. In: *Femina Politica – Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft* 27, S. 149–157. <https://doi.org/10.3224/feminapolitica.v27i1.18>.
- Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, E. (Hrsg.) (2016): *Die enthemmte Mitte: autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland: die Leipziger „Mitte“-Studie 2016*. 2. Auflage. Forschung psychosozial. Giessen: Psychosozial-Verlag.
- DeStatis: Gender Pay Gap 2020: Frauen verdienen 18 % weniger als Männer. In: Statistisches Bundesamt. Online unter https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2021/03/PD21_106_621.html.
- Döring, Nicola/Bortz, Jürgen (2016): *Forschungsmethoden und Evaluation in den Sozial- und Humanwissenschaften*. 5. vollständige überarbeitete, aktualisierte und erweiterte Auflage. Springer-Lehrbuch. Berlin, Heidelberg: Springer. <https://doi.org/10.1007/978-3-642-41089-5>.
- Egan, Andy (2012): Relativist dispositional theories of value. In: *The Southern Journal of Philosophy* 50, S. 557–582. <https://doi.org/10.1111/j.2041-6962.2012.00136.x>.
- Egan, Patrick J./Edelman, Murray S./Sherrill, Ken (2008): *Findings from the Hunter College poll of lesbians, gays and bisexuals: new discoveries about identity, political attitudes, and civic engagement*. New York: The City University of New York.
- Ekman, Joakim/Amnå, Erik (2012): Political participation and civic engagement: towards a new typology. In: *Human Affairs* 22, S. 283–300. <https://doi.org/10.2478/s13374-012-0024-1>.
- Ekman, Joakim/Gherghina, Sergiu/Podolian, Olena (2016): Challenges and realities of political participation and civic engagement in central and eastern Europe. In: *East European Politics* 32, S. 1–11. <https://doi.org/10.1080/21599165.2016.1141091>.
- Fletcher, Don (1998): Iris Marion Young: the politics of difference, justice and democracy. In: Carter, April/Stokes, Geoff (Hrsg.): *Liberal democracy and its critics: perspectives in contemporary political thought*. Cambridge, UK; Malden, MA: Polity Press, S. 196–215.

- Flores, Andrew R./Sherrill, Ken (2016): From freedom to equality: marriage and the shifted priorities of lesbians, gay men, bisexuals, and transgender people. In: Kreider, Kyle L./Baldino, Thomas J. (Hrsg.): *Minority voting in the United States*. Santa Barbara, California: Praeger, an Imprint of ABC-CLIO, LLC.
- Gabriel, Oscar W./Keil, Silke I. (2014): Empirische Wahlforschung in Deutschland: Kritik und Entwicklungsperspektiven. In: Falter, Jürgen W./Schoen, Harald (Hrsg.): *Handbuch Wahlforschung*. Wiesbaden: Springer VS, S. 827–868. https://doi.org/10.1007/978-3-658-05164-8_19.
- Gammerl, Benno (2010): Eine Regenbogengeschichte. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, S. 15–16.
- Häder, Sabine (2014): Stichproben in der Praxis. In: *SDM Survey Guidelines*. https://doi.org/10.15465/SDM-SG_014.
- Halberstam, Judith (2018): *Trans*: a quick and quirky account of gender variability*. Oakland, C.A.: University of California Press.
- Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.) (2012): *Deutsche Zustände - Folge 10*. Suhrkamp. Berlin.
- Hertzog, Mark (1996): *The lavender vote: lesbians, gay men, and bisexuals in American electoral politics*. New York: New York University Press.
- Hines, Sally/Santos, Ana C. (2018): Trans* policy, politics and research: the UK and Portugal. In: *Critical Social Policy* 38, S. 35–56. <https://doi.org/10.1177/0261018317732880>.
- Hunklinger, Michael (2021): Voting for Diversity? Politische Einstellungen und formale politische Partizipation von schwulen und lesbischen Bürger_innen in Deutschland. In: *Momentum Quarterly - Zeitschrift für sozialen Fortschritt* 10, S. 20–34. <https://doi.org/10.15203/MOMENTUMQUARTERLY.VOL10.NO1.P20-34>.
- Hunklinger, Michael/Ajanović, Edma (2021): Voting right? Analyzing electoral homonationalism of LGBTQ* voters in Austria and Germany. In: *Social Politics: International Studies in Gender, State & Society Summer 2021*, S. 1–26. <https://doi.org/10.1093/sp/jxab014>.
- Hunklinger, Michael/Ferch, Niklas (2020): Trans* voting: demand and supply side of trans* politics in Germany. In: *European Journal of Politics and Gender* XX, S. 1–20. <https://doi.org/10.1332/251510820X15780296516691>.
- Just, Aida (2017): Race, ethnicity, and political behavior. *Oxford Research Encyclopedia of Politics*. <https://doi.org/10.1093/acrefore/9780190228637.013.238>.
- Kuhar, Roman/Monro, Surya/Takács, Judit (2018): Trans* citizenship in post-socialist societies. In: *Critical Social Policy* 38, S. 99–120. <https://doi.org/10.1177/0261018317732463>.
- LGBTQ*-Wahlstudie Deutschland 2017 (2017). Online unter <https://www.uni-giessen.de/de/fbz/fb03/institutefb03/ifp/forschung/bereiche/brd/lgbtiq/lgbtiq>.
- Magni, Gabriele/Reynolds, Andrew (2018): Candidate sexual orientation didn't matter (in the way you might think) in the 2015 UK general election. In: *American Political Science Review* 112, S. 713–720.
- Marshall, T.H. (1950): *Citizenship and social class and other essays*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Monro, Surya/Ros, Janneke (2018): Trans* and gender variant citizenship and the state in Norway. In: *Critical Social Policy* 38, S. 57–78.
- Paternotte, David (2018): Coming out of the political science closet: the study of LGBT politics in Europe. In: *European Journal of Politics and Gender* 1, S. 55–74.
- Perrella, Andrea. M. L./Brown, Steven D./Kay, Berry J. (2012): Voting behaviour among the gay, lesbian, bisexual and transgendered electorate. In: *Canadian Journal of Political Science/Revue canadienne de science politique* 45, S. 89–117.
- Proctor, Kimberly (2016): *Becoming gay: formation and meaning of LGBT political identity*. Online unter https://digitalrepository.unm.edu/pols_etds/17.

Voting queer?

Proctor, Andrew (2021): Marginalization as a structural constraint: how group position shapes out-group hostility. In: *Political Research Quarterly*.

Rahman, Momin (2000): *Sexuality and democracy: identities and strategies in lesbian and gay politics*. Edinburgh: Edinburgh University Press.

Reynolds, Andrew (2013): Representation and rights: the impact of LGBT legislators in comparative perspective. In: *American Political Science Review* 107, S. 259–274.

Reynolds, Andrew (2019): *The children of harvey milk: how LGBTIQ politicians changed the world*. New York: Oxford University Press.

Rocha, Rene/Tolbert, Caroline/Bowen, Daniel/Clark, Christopher (2010): Race and turnout: does descriptive representation in state legislatures increase minority voting? In: *Political Research Quarterly* 63, S. 890–907.

Sandovici, Maria E./Listhaug, Ola (2010): Ethnic and linguistic minorities and political participation in Europe. In: *International Journal of Comparative Sociology* 51, S. 111–136.

Schaffner, Brian/Senic, Nead (2006): Rights or benefits? explaining the sexual identity gap in american political behaviour. In: *Political Research Quarterly* 59, S. 123–132.

Schultze, Rainer-Olaf (1998): Partizipation. In: Nohlen, D./Schultze, R.-O./Schüttemeyer, S. (Hrsg.): *Politische Begriffe (Lexikon der Politik)*. (Bd. 7). München: Verlag C. H. Beck, S. 470–472.

Smith, Charles A. (2007): The electoral capture of gay and lesbian americans: evidence and implications from the 2004 election. In: *Studies in Law, Politics, and Society* 40, S. 103–121.

Strolovitch, Dara (2007): *Affirmative advocacy. race, class, and gender in interest group*. Chicago: Chicago University Press.

Swank, Eric (2018): Who voted for Hillary Clinton? sexual identities, gender, and family influences. In: *Journal of GLBT Family Studies* 14, S. 21–42.

Swank, Eric/Fahs, Breanne (2011): Pathways to political activism among americans who have same-sex sexual contact. In: *Sexuality Research & Social Policy: A Journal of the NSRC* 8, S. 126–138.

Turnbull-Dugarte, Stuart J. (2020a): The european lavender vote: sexuality, ideology and vote choice in western Europe. In: *European Journal of Political Research* 59, S. 517–37.

Turnbull-Dugarte, Stuart J. (2020b): Multidimensional issue preferences of the european lavender vote. In: *Journal of European Public Policy*, S. 1–22.

Lese-Empfehlungen

Ayoub, Phillip (2022): Not that Niche: Making Room for the Study of LGBTIQ People in Political Science. In: *European Journal of Politics & Gender* XX, S. 1–19.

Hunklinger, Michael/Ajanovic, Edma (2021): Voting Right? Analyzing Electoral Homonationalism of LGBTIQ* Voters in Austria and Germany. In: *Social Politics*. Summer 2021, S. 1–26.

Turnbull-Dugarte, Stuart J. (2020a): The European Lavender Vote: Sexuality, Ideology and Vote Choice in Western Europe. *European Journal of Political Research* 59 (3), S. 517–37.

Dr. Michael Hunklinger, Postdoctoral Fellow in Politics of Diversity and Inequality, Institut für Politikwissenschaft, Universität Amsterdam, Niederlande